

Gespräch

zwischen Kirchenratspräsident und Pfarrer Koni Bruderer (KB) und Pfarrer Bernard Rothen (BR) am 9. März 2016 auf der Hundwiler Höhi

über den Vorschlag des Kirchenrates, über eine Strukturreform der evangelisch-reformierten Kirche beider Appenzell zu entscheiden

KB hält fest, dass die Motion der Synodalen von Appenzell an der Sommer Synode 2015, Stimmen aus der Präsidienkonferenz und die Visitationsbesuche in den Kirchgemeinden den Kirchenrat bewogen haben, eine Strukturreform zur Diskussion zu stellen. Die Synode hat den Antrag der Kirchgemeinde Appenzell, den Finanzausgleich zu prüfen, an den Kirchenrat überwiesen. An der Präsidienkonferenz und in den Kirchgemeinden ist je wieder eine Klage zentral: Es ist schwierig bis unmöglich, Behördenmitglieder zu finden. Ausserdem ist nicht ersichtlich, wie die Stellen der 11 Pfarrpersonen aus unserer Landeskirche, die in den kommenden 7 Jahren in Pension gehen, wieder besetzt werden sollen. Die Zahlen der Theologiestudierenden, die uns aus den theologischen Fakultäten erreichen, sind alles andere als ermutigend. Zudem fehlt das Geld (der Kantonalkirche fehlen aktuell CHF 80'000 bei einem Gesamtbudget von gut 2 Millionen). Der Kirchenrat favorisiert die radikalste Lösung, die Zentralisierung – nur – der Verwaltung in Trogen. Dass sich noch weniger Menschen für eine Behördenarbeit engagieren würden, die weit weg von ihrer lokalen Verwurzelung ist, glaubt er nicht.

BR wendet ein, das sei alles höchstens ein indirekter Auftrag. Niemand hat ein explizites Begehren gestellt, eine derart umfassende Lösung anzustreben. Die Synode jedenfalls wusste nicht, dass der Kirchenrat die Überweisung des appenzellischen Antrags in dieser Weise interpretieren würde. Er fragt, welche Gemeinden tatsächlich welche Wünsche und Problemlösung gefordert haben. KB bezieht sich auf die Visitationsbesuche, deren Ergebnisse sind aber tatsächlich nie publiziert worden.

BR fragt, ob der Kirchenrat Kontakt hat mit den Gemeinden, die wegen eines bevorstehenden Pfarrwechsels neu planen müssen (Stein, Waldstatt, Rehetobel, Wolfhalden, Heiden, Urnäsch, Herisau, Schöngengrund). KB informiert, dass die Gemeinden keinen Kontakt zum Kirchenrat gesucht haben und der Kirchenrat nicht die Absicht hat, sich von sich aus einzumischen.

BR schlussfolgert, dass die Gemeinde also ihre Probleme selber lösen möchten, und summiert: Die vom Kirchenrat vorgeschlagenen Modelle lösen kein Problem, sondern schaffen nur zusätzlich neue. KB: Der Widerstand kommt bisher einzig von den Pfarrern. Er glaubt, dass diese Angst um ihre gegenwärtigen Arbeitsbedingungen haben und nur mögliche Verluste sehen. Die Kirchenpräsidien, die sich bis jetzt geäußert haben, sind – BR: mit der einen, grossen Ausnahme Hundwil – alle mit dem Vorgehen des Kirchenrates einverstanden.

BR wendet ein, dass auch die Kirchenpolitiker in Basel, Zürich und Bern so von den Pfarrern reden, und dass KB selber bestimmt nicht so geredet hätte, als er noch nicht Kirchenpräsident war. KB bestätigt das: Er ist in seiner Funktion als Kirchenratspräsident in der Tat Kirchenpolitiker, und für viele seiner Kollegen in den Präsidien sind die Pfarrer das Problem. BR präzisiert, dass der Kirchenpräsident vom Thurgau nicht so redet, was KB bestätigt. Dieser ist die grosse Ausnahme.

BR fragt, warum der Kirchenrat nicht von der Tradition und der Gesetzgebung ausgeht und die Autonomie der Gemeinden als Chance nimmt: Statt alle in eine postulierte Pauschallösung hineinzuzwängen, könnte man den Gemeinden grosse Gestaltungsfreiheiten geben, je nach ihrer gewachsenen Kultur und ihren Möglichkeiten lokale Lösungen anzustreben – und gemäss dem Rat des Gamaliel dann schauen, was überlebensfähig ist und was nicht. KB hält fest, dass in der Gesetzgebung nirgendwo ausdrücklich die Autonomie der Gemeinden festgeschrieben sei.

BR analysiert: Wenn wirklich der Widerstand von der Pfarrerschaft kommt und die Behörden den Vorschlag unisono begrüßen, dann wird dieser noch einmal den Gegensatz zwischen Kirchenbehörden und Pfarrerschaft verschärfen und somit die Verfassungsreform von 2000 noch radikaler weiterführen. Es wird auf eine weitere Ausmarchung zugehen, ob die Appenzeller Kirche noch akzentuierter Behörden-, oder ob sie doch auch eine Pfarrerkirche sein soll. KB bestätigt das, und ist offen für die Möglichkeit, dass BR recht hat, wenn er meint, die Lage sei heute nicht mehr diejenige wie vor 15 Jahren, es habe sich vielmehr gezeigt, dass manches nicht so funktioniert, wie die Verfassung das voraussetzt. Der Kirchenpräsident von Hundwil jedenfalls sagt klar, dass kleine Gemeinden keine Chance haben zu überleben, wenn nicht jemand mit dem Pfarramt eine umfassende Verantwortung übernimmt. KB kann sich vorstellen, dass die Verfassungsreform 2000 nicht zum erstrebten Ziel geführt hat. Aber wir können diese Ausgangslage nicht ändern und müssen aus ihr das Beste machen. Der Kirchenrat ist die oberste planende, leitende und vollziehende Behörde und muss deshalb Vorschläge machen. Er kann aber nur Vorschläge machen. Die Synode muss prüfen und entscheiden. KB kann als Kirchenratspräsident mit jedem demokratisch zustande gekommenen Entscheid leben.

BR erinnert daran, dass die Synode keine parlamentarische Praxis entwickeln und darum solche anspruchsvollen Entscheidungen gar nicht sachgerecht bearbeiten kann. KB bemerkt, dass eine fragwürdige Praxis kein Argument sein kann, ein an sich gutes System aufzugeben. Wenn schon, müsste die Synode sich selber ändern. Vorläufig ist er froh, dass er mit der Präsidienkonferenz ein weiteres Gegenüber hat, in dem er zu hören bekommt, was diejenigen beschäftigt, die in der Kirche engagiert sind. BR wendet ein, dass die Präsidienkonferenz in der kirchlichen Gesetzgebung gar nicht vorkommt. Es ist nirgendwo demokratisch legitimiert, auf welchen Wegen sie mit welchen Kompetenzen welche Wünsche und Anliegen vertreten kann.

KB und BR sind sich einig, dass wir grundsätzlich auch in der Kirche das Problem haben, dass sich die allermeisten Menschen nicht kümmern um das, was sie nicht ganz direkt betrifft. Von den Pfarrern erwarten die Leute, dass sie irgendwie etwas Höheres sind und sich darum nicht streiten. Pfarrerstreitigkeiten bildeten den Anlass für die grosse Verfassungsreform.

BR spricht kurz an, dass es ein Grundproblem der Moderne ist, dass wir beidem gerecht werden möchten: Einerseits dem demokratischen Mitbestimmungsrecht (jeder soll seine Stimme abgeben dürfen, nur einfach weil er dazugehört und mit betroffen ist), andererseits ist Fachwissen nötig, das Berufsleute aus den Erfahrungen einer lebenslangen Praxis schöpfen. Die Appenzellerkirche wäre mehr als progressiv, wenn sie ein entsprechendes Zweikammersystem entwickeln würde. Aber wie sollte sie die dazu notwendigen innovativen Kräfte finden?

Das Gespräch endet mit einem doppelten Fazit:

Es geht um Kirchenpolitik. KB und BR haben keine klare Erinnerung mehr, wer diese Feststellung gemacht und die Kirchenpolitik in welcher Absicht und Form von der Kollegialität abgegrenzt hat. Theologisch ist BR und KB klar geworden, dass sie diese Sache grundsätzlich anders beurteilen, was BR auf ihr unterschiedliches Sündenverständnis zurückführt. Auf Grund der Erfahrungen im 20. Jahrhundert geht BR davon aus, dass grosse Würfe der Sünde zu breite Einfallflächen bieten und dass deshalb kleine, kontrollierbare Schritte anzustreben sind. KB hat sich demgegenüber einen Satz von Karl Barth gemerkt: Die Sünde fixieren wir kurz, und dann machen wir dort weiter, wo wir dran waren. BR fragt, ob KB sich im Klaren sei, dass Karl Barth auf diese Weise seine Frau Nelly manipuliert hat, um seine Sekretärin und Geliebte in das familiäre Wohnhaus einzugliedern.*

Persönliche Bemerkung KB zum letzten Satz: Verwechselst du jetzt nicht Theologie mit Moral?